



## **Dialog-Heft**

# **„Zukunftsbranchen und Wirtschaftsförderung in Brandenburg“**

Potsdam, Januar 2008

## Grußwort

Als die LINKE im Jahr 2005 mit der Leitbilddebatte begann, geschah das aus der Erfahrung, dass die Landesregierung trotz vieler Versuche unsererseits nicht bereit war, ein parteiübergreifendes Leitbild für die Zukunft des Landes zu entwickeln und zu diskutieren. Die LINKE. war und ist der Überzeugung, dass der zentrale Gedanke im Leitbild der SPD/CDU Koalition falsch ist. Das Land Brandenburg ist nicht nur der Ausstrahlungsraum einer hell erleuchteten Berliner Metropolregion mit erweitertem Speckgürtel.

DIE LINKE. ist der Überzeugung, dass dieser Gedanke keine zukunftsweisende Perspektive für das Land Brandenburg enthält. Aus der Kritik am Metropolenkonzept haben wir die Idee vom Brandenburg der Regionen entwickelt, denn das Land mit seiner nunmehr 850-jährigen Geschichte besteht aus vielen gleichermaßen liebens- und lebenswerten Regionen. Wir wollen, dass das in weiteren 850 Jahren immer noch so ist.

Deshalb hat DIE LINKE. die Leitbilddebatte im Jahr 2006 zu einer landesweiten Kampagne ausgedehnt. In dieser Kampagne wurden neben vielen anderen Veranstaltungen auch Diskussionen und Fachkonferenzen zu unterschiedlichen Themen durchgeführt, die wir nun beginnen, der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die vorliegende Broschüre ist eine Dokumentation aus unserer Fachkonferenz „Zukunftsbranchen und Wirtschaftsförderung in Brandenburg“.

DIE LINKE. macht damit einen weiteren Schritt in die Öffentlichkeit, um den Dialog für ein Brandenburg der Regionen auch mit Ihnen und mit Dir zu führen. Schreiben Sie uns Ihre/ Schreibe uns Deine Meinung zur Broschüre, diskutiere das Leitbild mit uns oder besuche unsere homepage unter <http://dialog.dielinke-brandenburg.de/> und nutze sie das Leitbildwiki, um Ihre Änderungen direkt im Leitbildentwurf einzutragen.

Thomas Nord

(Landesvorsitzender)

# Inhaltsverzeichnis

Grußwort .....	2
1. Vorwort .....	4
2. Zur Weiterentwicklung der Förderlogik und der Förderstruktur .....	6
3. Potenziale des Wirtschaftsraums Berlin-Brandenburg .....	12
4. Zukunftsbranchen und Wirtschaftsförderung.....	18
5. Das Verhältnis von Wirtschaftsförderung und Landesentwicklung .....	22
6. Das Fördergeschäft der InvestitionsBank des Landes Brandenburg .....	30

# 1. Vorwort

Ralf Christoffers

In den politischen Diskussionen um ein Leitbild für Brandenburg geht es im Kern darum, welche Partei die politische Definitionshoheit über Schwerpunkte der Landesentwicklung erreichen kann. Letztlich geht es also um die Zukunftsfähigkeit von politischen Ansätzen auf sozialem, wirtschaftlichem und ökologischem Gebiet und bei der demokratischen Entwicklung des Landes.

Der Grundsatz der Landesverfassung, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, schließt die ordnungs- und strukturpolitische Aufgabe ein, die Unterschiede und damit die Stärken und Schwächen der Regionen in Brandenburg politisch aufzunehmen. Daraus abgeleitet geht es darum, durch einen finanziell untersetzten Handlungsrahmen die Potentiale der Regionen nutzbar zu machen. Dies ist die Voraussetzung dafür, gesellschaftliche Mehrheiten in politische Mehrheiten zu überführen.

In der Leitbilddiskussion wurde deutlich, dass unser Ansatz ein Brandenburg der Regionen zu gestalten, den Bedingungen des Wirtschafts- und Sozialraumes Berlin-Brandenburg besser entspricht als das von der Landesregierung verabschiedete Leitbild einer Hauptstadtregion ohne regionale Differenzierung. Auf der Grundlage des Kernthemas soziale Entwicklung ist es für eine Volkspartei wie es die LINKE in Brandenburg ist, zwingend notwendig, Themen wie Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Regionalentwicklung, Finanzen und Demokratie in dieses Kernthema einzubinden.

Das ist auch deshalb wichtig, weil es gesellschaftlich akzeptiert ist, dass die Herstellung sozialer Gerechtigkeit auch immer abhängt von der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Situation im Land. Glaubwürdigkeit in der Darstellung von politischen Konzepten ist also nur zu erreichen, wenn man den Anspruch für soziale Gerechtigkeit zu stehen, mit Vorschlägen für die wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung des Landes verbindet.

Die Diskussionen in Konferenzen, Regionalberatungen und mit verschiedenen Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft haben gezeigt, dass wir mit unserem Leitbild die tatsächlichen Probleme des Landes aufgegriffen haben. Sie haben weiter gezeigt, dass unsere Vorschläge, ohne den Anspruch auf die alleinmögliche Lösung zu erheben, praktikabel sind und einen Bestandteil der Diskussion um die Entwicklung in Brandenburg darstellen.

Das betrifft z. B unsere Vorschläge zur Bestandpflege bestehender Unternehmen, zum Ausbau des Bürgschafts- und Beteiligungssystems, zur Darlehensfinanzierung, zur Auflage revolvingender Fonds, zur Technologieentwicklung, zum Regionalfonds und zur Erarbeitung eines Vergabegesetzes. Nicht zuletzt ist die Vorstellung unseres Leitbildes auch ein Beitrag für die im Rahmen der Föderalismusreform anstehende Diskussion um die Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen.

Auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung im Rahmen der EU verfügen wir mit unserem Leitbild über eine solide Grundlage. Das betrifft z.B. auch den Umgang mit den EU-Strukturfonds und deren inhaltlicher Ausgestaltung und Umsetzung in Brandenburg. In der Diskussion gab es vielfältige Vorschläge und Hinweise zur weiteren Qualifizierung unseres Leitbildes. Dafür möchte ich mich auf diesem Wege recht herzlich bei allen Beteiligten bedanken.

All dies führte auch dazu, dass wir in unmittelbarer Reaktion auf die Debatte Vorschläge in die Haushaltsdiskussionen für den Doppelhaushalt 2008/2009 einbringen konnten.

Erstmals haben wir für die Haushaltsberatungen fünf Pakete vorgelegt, die ressortübergreifend für die Bereiche

- Bildung, Jugend, Kultur
- Soziales und Arbeit
- Ländlicher Raum
- Wirtschaft

Veränderungen des Fördersystems und der Förderlogik ausfinanzierte Vorschläge beinhalten. Auf dieser Grundlage werden wir die weiteren politischen Debatten im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum führen.

## **2. Zur Weiterentwicklung der Förderlogik und der Förderstruktur**

Ralf Christoffers

### **I. Vorbemerkungen**

Die Diskussion um Leitbilder sowohl für das Land Brandenburg als auch für den Wirtschafts- und Sozialraum Berlin-Brandenburg ist gegenwärtig davon gekennzeichnet, dass das Leitbild „Hauptstadtregion“ offensichtlich nicht den Bedingungen der regionalen Differenziertheit und denen der internationalen Einbindung der Gesamtregion entspricht.

Unabhängig davon, ob und welche politischen Entscheidungen über einen Zuschnitt der Regionen im Land getroffen werden, ist die Diskussion über die ordnungs- und finanzpolitischen Instrumente zur Minimierung von Defiziten in den Regionen sowie zur Ausprägung ihrer Stärkeprofile ein wesentlicher Fakt, um in der politischen Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Landes eigene Akzente setzen zu können. Letztlich wird die Verbindung von Grundsätzen mit entsprechenden Instrumenten darüber entscheiden, ob wir zumindest partiell eine Definitionshoheit in Kernbereichen der Landesentwicklung erlangen können.

Wichtig wird es dabei sein, Entscheidungen, die zur Entwicklung eines Regionaldialogs beigetragen haben (z.B. die Etablierung der Regionalen Wachstumskerne - RWK) in unser eigenes Konzept zu integrieren. Das ist unabhängig davon, dass die Kritik an den Auswahlkriterien für RWK erhalten bleibt. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die derzeit bundesweit günstig verlaufende Konjunktur strukturelle Defizite im Land Brandenburg nur eingeschränkt minimiert. So bleiben Wachstumsraten in Brandenburg weiter unter dem Bundesdurchschnitt und das Haushaltsdefizit der öffentlichen Hand ist weiter gravierend. Steuermehreinnahmen werden durch die ab 2012/2013 zu erwartenden Mindereinnahmen (Entwicklung Solidarpakt II und neue Strukturfondsperiode) relativiert. Der schrittweise Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bleibt eine der wichtigsten politischen Herausforderungen.

Die gegenwärtigen Mehreinnahmen müssen deshalb neben der Haushaltskonsolidierung für Problemstellungen in Ansatz gebracht werden, deren jetzige Finanzierung ein strukturelles Entwicklungsdefizit minimiert. Der Verteilungsspielraum bleibt gering und deshalb kommt es darauf an, vorhandene Mittel effektiver einzusetzen. Das kann zum einen durch eine Ausweitung bedingt rückzahlbarer Darlehensförderung gesichert werden. Zum anderen geht es um die Einführung neuer Instrumente in die Regional- und Wirtschaftsförderung.

Der Verfassungsgrundsatz der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen schließt dabei ein, dass es entsprechend den konkreten Bedingungen in den Regionen keine Gleichartigkeit der Entwicklung geben wird. Es muss aber gewährleistet werden, dass durch spezifische Instrumente der Förderung, der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, einer Funktionalreform und durch einen neuen Zuschnitt der Regionen die Zugangsbedingungen zu Arbeit, Bildung, Kultur und Mobilität Gleichwertigkeit hergestellt wird.

Das bedeutet eben auch, dass Förderpolitik zukünftig verstärkt die Unterschiedlichkeit der Regionen berücksichtigen muss. Das schließt ein zu akzeptieren, dass ein Abbau der Disparitäten vollzogen werden muss, der aber nicht dazu führen wird, dass in allen Regionen des Landes gleiche Bedingungen für Regionalentwicklung vorhanden sind. Unser Anspruch ist also nicht eine Gleichheit der Entwicklung der Regionen auf niedrigem Niveau, sondern vielmehr – unter Anerkennung der spezifischen Entwicklungspotentiale der Regionen – eine Chancengleichheit der Regionen trotz unterschiedlicher Potentiale. Deshalb ist es Aufgabe von Landespolitik Gleichwertigkeit und nicht Gleichartigkeit herzustellen. Dies dokumentiert letztlich auch deren Handlungsfähigkeit im föderalen System.

Nicht nur wegen der laufenden Debatte um die Föderalismusreform II, sondern auch wegen des Haushaltsverlaufes bis zum Jahr 2013 ist das Jahr 2007 von entscheidender Bedeutung. Ende des Jahres wird mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 haushaltstechnisch die Legislatur faktisch abgeschlossen. Eine Neukonzipierung von Grundsätzen und Instrumenten muss also in diesem Jahr erfolgen, damit bis 2013 eine für die Landesentwicklung positive Wirkung entfaltet werden kann.

## **II. Grundsätze der allgemeinen Wirtschaftspolitik**

Die Definition von Grundsätzen der allgemeinen Wirtschaftsförderung schließt selbstverständlich die Auseinandersetzung mit darüber hinausgehenden Problemen der Wirtschaftspolitik ein. Unabhängig davon sollten folgende Grundsätze gelten:

- höhere Flexibilität des Mitteleinsatzes in Verbindung mit einer größeren Eigenverantwortung der handelnden Akteure
- die Gleichwertigkeit der Stabilisierung bestehender Unternehmen im Verhältnis zu Neuansiedlungen
- die Verbindung von Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung
- die gleichwertige Unterstützung von Binnen- und Exportwirtschaft
- Stabilisierung von Wertschöpfung und Beschäftigung

### **III. Veränderungen in der Förderstruktur des Landes**

Ausgehend von den oben genannten Grundsätzen sind aus unserer Sicht folgende Veränderungen in der Förderstruktur des Landes Brandenburgs als Teil des Umbaus des Einsatzes öffentlicher Mittel zwingend erforderlich.

1. Aufbau von so genannten revolving Fonds, deren eingesetzte Mittel nach Erreichung der Zielstellung partiell in den Haushalt zurückfließen und wieder verwendet werden können. Bis 2009 ist dabei ein Gesamtumfang von ca. 200 Mio. Euro in Ansatz zu bringen, um perspektivisch notwendige Mittel für die Regional- und Wirtschaftsförderung bereitstellen zu können. Dabei geht es um:

- die Bildung eines revolving Fonds für allgemeine Wirtschaftsförderung
- die Bildung eines revolving Fonds zur Finanzierung der Regionalförderung

2. Überwindung der strukturellen Eigenkapitalschwäche im Bereich der klein- und mittelständischen Unternehmen und im Sektor der Freiberuflichen und Selbständigen durch die Bereitstellung eines spezifischen Bürgschaftssystems sowie von so genannten Mikrodarlehen unter Nutzung der beihilferechtlichen Möglichkeiten der Europäischen Union. Schwerpunkt ist die Substanzerhaltung im Wirtschafts- und Beschäftigungsbereich und damit der gleichberechtigte Ansatz dieses Sektors neben der Förderung von Ansiedlungen und Betriebserweiterungen.

3. Umbau der Landesinvestitionsbank zu einer Struktur- und Mittelstandsbank, um in der Perspektive den Handlungsauftrag des öffentlichen Bankinstituts zu erweitern und flexibler auf die Anforderungen ab 2012/2013 im Zusammenhang mit der geringeren Mittelzuweisung durch Bund und EU reagieren zu können.

4. Unterstützung der landwirtschaftlichen Primärproduktion durch die Überwindung der auch dort vorhandenen Eigenkapitalschwäche mit Hilfe eines Bürgschaftssystems.

5. Unterstützung der Export orientierten mittelständischen Wirtschaft des Landes Brandenburgs durch die Einführung einer Exportkreditversicherung, die im Kern beihilferechtlich ein Bürgschaftssystem zur Vorfinanzierung von Aufträgen in diesem Sektor ist und die Defizite der Hermesbürgschaften des Bundes in Bezug auf den klein- und mittelständischen Bereich überwindet.

### **IV. Regionale Wachstumskerne (RWK)**

Auch wenn unsere Auffassung zum Entscheidungsprozess, der zu den RWK geführt hat, eine andere ist, haben wir zu akzeptieren, dass die Entscheidungen so gefallen sind. Daraus ergibt sich für uns die notwendige Schlussfolgerung, dies in unsere Leitbilddiskussion

einzu beziehen. Richtig ist, dass mit den RWK wichtige Konzentrationspunkte im Land benannt sind. Mit unserem Ansatz eines Brandenburgs der Regionen haben wir die Möglichkeit, die Entwicklung der RWK zu unterstützen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass dies keine Insellösungen werden. Denn es muss uns darum gehen, die Vernetzung der RWK in der jeweiligen Region sicherzustellen. (infrastrukturelle Anbindung, Wahrnehmung von Versorgungsfunktionen für die Region usw.) Grundsätzlich bleibt die Kritik, dass die Festlegung der Kriterien für die Auswahl der RWK nicht transparent war und ist.

Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation ist, dass die Landesregierung versucht, über die integrierte Stadtentwicklungskonzeption (INSEK) 42 Städte zu entwickeln, im Entwurf der LEP 56 Zentren definiert. Das bedeutet, dass die ursprüngliche Konzentration auf die RWK auf Grund der realen Situation erweitert werden soll. Hauptpunkt aller bisher eingereichten Konzepte sind Infrastrukturmaßnahmen. Ca. 90% der bisher eingereichten Vorschläge beziehen sich auf diesen Bereich. Im Kern handelt es sich also bisher um Standortentwicklungskonzeptionen für einzelne Städte mit infrastrukturellem Nachholbedarf.

Im Zusammenhang mit solchen Positionen wie die der 12 Bürgermeister aus MOL und LOS entspricht diese Entwicklung dem von uns geforderten Dialog der Regionen und der Erhöhung der Eigenverantwortung regionaler Akteure. Darüber hinaus bildet genau dieser Dialog die Chance, die Problematik einer umfassenden Funktionalreform und damit die Sicherung und Umsetzung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu thematisieren. In dem Regionenvorschlag des Landesverbandes lassen sich die RWK integrieren, da hier konsequenterweise auf die Wirtschafts- und Sozialverflechtung orientiert wird. Außerdem könnten durch Einbeziehung der definierten RWK in unsere Leitbilddiskussion, insbesondere mit den RWK „Westlausitz“ und Spremberg, unsere eigenen Vorstellungen erweitert werden.

Die Weiterentwicklung der RWK und unseres eigenen Regionenansatzes wird auch davon abhängen, welche Instrumente wir für solche Entwicklungen vorschlagen. Ein zusätzliches Instrument, welches notwendige Kooperation und den Wettbewerb der Regionen miteinander verbinden kann, ist der von uns vorgeschlagene Regionalfonds aus vorhandenen Mitteln.

Ziel dieses Fonds ist die gemeinsame Entwicklung von harten und weichen Standortfaktoren, um perspektivisch auf die unterschiedlichen Bedingungen der Teilräume des Landes Brandenburgs reagieren zu können. Es geht um die Verhinderung eines weiteren Substanzverlustes in der Regional- und Wirtschaftsentwicklung (Minimierung von Defiziten), die Entwicklung von Potenzialen und Stärken sowie um die Sicherung von Lebensqualität in den Regionen.

## V. Zu den Branchenkompetenzen

Die in Brandenburg durch die Landesregierung definierten 17 Branchenkompetenzen stellen eine finanzielle und politische Überforderung des Landes dar und sie sind außerdem eine Einschränkung für die Erschließung der Potentiale des Landes insgesamt. Grundsätzlich ist gegen eine Förderung einzelner Branchen nichts einzuwenden. Es ist nicht möglich all diese Branchen zum internationalen Standard zu führen und zudem ordnungspolitisch sehr umstritten, ob und inwieweit höhere Fördersätze bei Neuansiedlungen bzw. Erweiterungsinvestitionen einen tatsächlichen Wettbewerbsvorteil darstellen.

Die Voraussetzung, um einen solchen Vorteil zu erreichen, wären Fördersätze, die weit über dem Durchschnitt der EU bzw. der Bundesrepublik liegen würden. Dies ist schon beihilferechtlich nicht möglich. Der Wettbewerb wird meines Erachtens weniger über die Höhe der Fördermittel sondern vielmehr über die Ausprägung von weichen Standortfaktoren, die Bereitstellung von Infrastruktur, das zur Verfügung stehende Fachpersonal sowie ordnungs- und genehmigungspolitische Sachverhalte entschieden. In begrenztem Umfang kann in der direkten Konkurrenz zu anderen Standorten ein höherer Fördersatz Wirkung zeigen, aber nur im Zusammenhang mit anderen Faktoren. Die Tatsache, dass mehr als 90% der im Land agierenden Unternehmen dem Kleinst – und KMU-Bereich zuzuordnen und damit berechtigt sind, den EU-Höchstfördersatz in Anspruch zu nehmen, macht die Ausrichtung der Förderung auf Branchen noch fragwürdiger.

Es ist seit langem unsere Forderung, dass Entwicklungen dort gefördert werde, wo sie entstehen. Dies ist nicht abhängig von festgelegten Standorten oder Branchen. Wegen der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur steht in Brandenburg die Aufgabe, eine branchenübergreifende Herausbildung von Netzwerken und Kooperationen zu unterstützen. Für die Region Berlin-Brandenburg könnte das bedeuten, verstärkt auf die vorhandenen Netzwerke zurückzugreifen und die Branchen Medien, Biotechnologie/Life Science, Luft- und Raumfahrt, Optik und Tourismus gezielt zu fördern. Während die gegenwärtige Förderrichtlinie die Unterstützung landesweiter Netzwerke vorsieht, brauchen wir verstärkt auch die Möglichkeit, regionale Netzwerke und Kooperationen zu unterstützen.

Für die Entwicklung einer Region können eben auch Branchen förderwürdig sein, die nicht unmittelbar in den internationalen Wettbewerb eingreifen. Ihre Entwicklung ist aber für die Ausgestaltung des Verhältnisses von Globalisierung und Regionalisierung wichtig. Da diese möglicherweise nicht durch die Schwerpunktbranchen der Landesregierung abgedeckt sind, muss deren Förderung Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftsförderung sein.

Neben den Aufgaben einer allgemeinen Wirtschaftsförderung ist deutlich zu machen, dass die Region Brandenburg-Berlin im Bereich neuer Industrien und Technologien eine

besondere Unterstützung gewährt. Dabei geht es weniger um die Förderhöhe als vielmehr um die weitere gezielte Unterstützung dieser Branchen bei den in den Grundsätzen der allgemeinen Wirtschaftsförderung formulierten Aufgaben. Die Stärke-Schwäche-Analyse der Landesregierung bei den von ihr benannten Branchen macht deutlich, dass hier die hauptsächlichsten Probleme liegen.

Die für die Entwicklung der ländlichen Räume wichtigen Bereiche (Landwirtschaft, Holz- und Forstwirtschaft) weisen einige Besonderheiten auf. In der Landwirtschaft geht es vor allem um Fragen der regionalen Vermarktung, der Deckung des erhöhten Bedarfs von Bio-Produkten sowie um die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Primärproduktion in die Verbesserung des Zugangs zum Kapitalmarkt zur Vorfinanzierung der landwirtschaftlichen Produktion. Das könnte meines Erachtens die Aufgabe eines Teilplanes Biomasse im Rahmen der LEP sein.

In der gegenwärtigen Debatte um Schwerpunktbranchen wird die herausgehobene Stellung kommunaler Unternehmen im Land nicht berücksichtigt. Von den 100 größten Unternehmen in Ostdeutschland sind 13 ganz oder mehrheitlich in kommunalem Besitz. Für Bereiche wie Energiewirtschaft, Gesundheit und andere sind kommunale Unternehmen auch im Land Brandenburg von gravierender Bedeutung. In diesem Sektor geht es nicht in erster Linie um die Bereitstellung von Fördergeldern, sondern vor allen Dingen um die Erweiterung ihrer gesetzlichen Möglichkeiten zum wirtschaftlichen Handeln. Das heißt, auch hier geht es weniger um die Höhe der Förderung sondern um politische Entscheidungen, die die Handlungsfähigkeit dieser Unternehmen sichern und ausbauen.

Eine Reihe von Branchen mit hohem wertschöpfungs- und technologischem Potenzial weist eine zu geringe Verdichtung in Brandenburg auf (Mikroelektronik). Unabhängig davon können sie bei einer länderübergreifenden Kooperation eine große Bedeutung erlangen. Zur strukturpolitischen Unterstützung derartiger Branchen ist der Abschluss von Staatsverträgen z.B. mit Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein geeignetes Hilfsmittel. Diese Staatsverträge sollten u.a. die Abstimmung von Fördersätzen, Unterstützung der Kooperationsbeziehungen, administrative Zusammenarbeit (z.B. Standortkonferenz), Einbeziehung von Hoch- und Fachschulen, gemeinsames Marketing usw. beinhalten.

Weitere Vorhaben wie Vergabegesetz, Markterschließung, Aufbau gemeinsamer Institutionen mit Berlin, Lehrlingsausbildung sowie Neuordnung der Länderkompetenz im Rahmen der Föderalismusdebatte bleiben neben der Diskussion um ein neues Förderkonzept ein wirtschaftspolitischer Schwerpunkt.

### **3. Potenziale des Wirtschaftsraums Berlin-Brandenburg**

Almuth Nehring-Venus

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr gern bin ich Ihrer Einladung nach Potsdam gefolgt und ich freue mich sehr, mit Ihnen über die Potenziale des Wirtschaftsraums Berlin-Brandenburg diskutieren zu dürfen. Gern möchte ich zu Ihnen über die Zukunft der Hauptstadtregion sprechen. Die rückwärts gerichteten Querelen der letzten Wochen bringen uns schließlich nicht weiter. Die Region Berlin-Brandenburg hat vieles erreicht – aber sie hat noch viel mehr Potenzial. Diese aufzuschließen und zu nutzen ist unsere gemeinsame Aufgabe und gemeinsame Chance.

Wie können wir das erreichen? Aus meiner Sicht tragen hierzu vier wesentliche Bausteine bei:

1. die Kooperation von Unternehmen in der Region, die
2. flankiert wird durch eine einheitliche Außendarstellung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und
3. unterstützt wird durch eine nachhaltige Förderpolitik und
4. eine Zusammenarbeit in neuen Gebieten wie zum Beispiel beim Klimaschutz.

Im Weiteren werden diese Aspekte näher erläutert.

#### **I. Kooperation von Unternehmen**

Im Juni 2007 hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) die gemeinsam vom Brandenburgischen Wirtschaftsministerium und meiner Verwaltung beauftragte Studie zur wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg vorgelegt. Diese Studie und die aktuellen Zahlen zu den Pendlerbewegungen in der Region zeigen deutlich, dass es zwischen den beiden Ländern sehr intensive und sehr reale Unternehmens- und Arbeitsmarktbeziehungen gibt, die sich in den letzten Jahren losgelöst von politischen Strömungen und Stimmungen positiv fortentwickelt haben.

Die Strahlkraft Berlins, verbunden mit der wachsenden Mobilität der Arbeitskräfte in der Region, schafft Chancen für die Entwicklung der gesamten Hauptstadtregion. 220.000 Menschen in der Region – also etwa jeder Achte der 1,75 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin und Brandenburg – pendeln täglich in beiden Richtungen über die Landesgrenze. Sogar 25.000 Menschen aus dem äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs, Städten und Gemeinden, die vielfach von besonderen Struktur- und Arbeitsplatzproblemen gekennzeichnet sind, pendeln nach Berlin ein.

Die Pendlerverflechtungen wirken jedoch nicht als Einbahnstraße. In wichtigen innovativen Branchen wie der Biotechnologie, der Optik, der Logistik, der Medien- und Kommunikationswirtschaft haben Arbeitskräfte aus Berlin ihre Beschäftigung im Land Brandenburg gefunden. Gerade in der Biotechnologie zeigt sich eine hohe Mobilität der Beschäftigten zwischen Berliner und Brandenburger Unternehmen. Das Zusammenwachsen von Berlin und Brandenburg ist also für beide Seiten von Vorteil. Das an den Pendlerzahlen offensichtliche Zusammenwachsen des Arbeitsmarktes geht einher mit einer verstärkten regionalen Verflechtung der Unternehmen.

Auf den ersten Blick erscheinen die Absatz- und Bezugsverflechtungen zwischen Berliner und Brandenburger Unternehmen eher gering. So erzielten die vom DIW befragten Berliner Unternehmen nur etwa 5% ihres Umsatzes bei Brandenburger Abnehmern, in der umgekehrten Richtung, waren es 7%. Die DIW-Studie zeigt jedoch, dass eine moderne, integrierte Wirtschaftsregion nicht in erster Linie von einem besonders hohen Maß intraregionaler Absatz- und Bezugsbeziehungen lebt. Eine immer wichtigere Bedeutung kommt den über Absatz und Bezug hinausgehenden Kooperationsbeziehungen zu.

Eine wettbewerbsfähige regionale Wirtschaft ist eben nicht dadurch gekennzeichnet, dass alle Vorleistungen in der Region bezogen werden und die hier hergestellten Produkte dann auch wieder in der Region abgesetzt werden. Im Gegenteil: Eine solche Struktur wäre Kennzeichen einer Wirtschaft, die auf internationalen Märkten nicht wettbewerbsfähig ist. Die Konstanz der Absatz- und Bezugsstrukturen zwischen Berlin und Brandenburg ist nicht Kennzeichen regionaler Stagnation, sondern vielmehr ein Ausdruck gesteigener überregionaler Wettbewerbsfähigkeit.

Viel wichtiger ist aus meiner Sicht die verstärkte Kooperation zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region. Immer mehr Berliner und Brandenburger Unternehmen arbeiten in Forschung und Entwicklung zusammen. Sie kooperieren in Produktentwicklung und Produktion. Die Unternehmen nutzen in verstärktem Umfang die in der Region vorhandenen Wissenschaftspotenziale. Kooperation findet also gerade in den Unternehmensfunktionen statt, die für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit von herausragender Bedeutung sind.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Immer mehr Unternehmen aus Berlin und Brandenburg werden *überregional* wettbewerbsfähig, weil sie *regional* kooperieren. Jedes zweite der befragten Berliner Unternehmen unterhält Kooperationsbeziehungen mit Unternehmen oder wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Brandenburg. In umgekehrter Richtung ist es jedes dritte Unternehmen. Für diese Kooperationen spielen räumliche Nähe und persönliche Kontakte eine Rolle – die Landesgrenze jedoch nicht. Besonders intensiv sind die

Beziehungen in der Luftfahrtindustrie, in der Logistik und der Biotechnologie. Die in diesen Branchen gemeinsam aufgebauten Netzwerke entfalten ihre Wirkung. Sie identifizieren die in der Region vorhandenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale und tragen dazu bei, diese in wirtschaftlichen Erfolg umzumünzen. Hier leisten die Akteurinnen und Akteure in den Netzwerken eine gute und erfolgreiche Arbeit.

Lassen Sie mich einen kurzen Exkurs zu den Kompetenzfeldern der Berliner Wirtschaftspolitik unternehmen. Gerade in diesen Feldern entwickelt sich der berlin-brandenburgische Wirtschaftsstandort besonders intensiv. Wir konzentrieren etwa 70 Prozent unserer Fördermittel auf die folgenden fünf Kompetenzfelder: Biotechnologie bzw. Life Sciences, Medizintechnik, Verkehrstechnik/Mobilität/Automotive, Creative Industries (IT, Medien und Kulturwirtschaft) sowie optoelektronische Technologien. Aus den Kompetenzfeldern haben wir Cluster abgeleitet, z. B. das Cluster Gesundheitswirtschaft, die mit einem Masterplan unterlegt wurden. Wir arbeiten also konsistent und systematisch an der Entwicklung innovativer Strategien, die sich auch in Firmenansiedlungen bzw. Firmengründungen widerspiegeln.

## **II. Gemeinsame und geschlossene Außendarstellung**

Die Integration der Wirtschaft der Hauptstadtregion ist – wie dargelegt – weit vorangeschritten. Diese Entwicklung verdient es, nach außen positiv vermarktet zu werden. Der Hauptstadtregion muss es – anders als in der Vergangenheit – gelingen, sich überregional als Standort hoher unternehmerischer Kompetenz und nicht primär als Standort guter Förderbedingungen zu positionieren.

Aber auch in der Darstellung nach außen sind in den vergangenen Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden: Seit einigen Monaten werben Berlin und Brandenburg gemeinsam. Unter *Capital Region* agiert die gemeinsame Wirtschaftsrepräsentanz der beiden Wirtschaftsfördergesellschaften in Brüssel, die Werbematerialien sind einheitlich ausgerichtet. Die Sorgen einiger Brandenburger sind uns bekannt, aber es gibt einen Unterschied zwischen einer Marketingstrategie und einem Leitbild für ein Land.

Die bereits erwähnten Netzwerke – nur als Beispiele erwähnen möchte ich BioTOP, TSB Medici und Automotive Berlin-Brandenburg – und viele gemeinsame Aktivitäten der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) und Berliner Partner haben dazu beigetragen, dass Berlin und Brandenburg in der Außenwirkung als innovativer und integrierter Standort wahrgenommen werden. Außenwirtschaftliche Aktivitäten, wie z. B. Akquisitionsreisen und Messebesuche werden gemeinsam durchgeführt oder miteinander abgestimmt. Die

Wirtschaftsfördereinrichtungen beider Länder arbeiten eng zusammen, gemeinsam agierende Akquisitionsteams bemühen sich erfolgreich um die Investorenwerbung.

Berlin und Brandenburg arbeiten gemeinsam im Rahmen der Oder-Partnerschaft mit den Nachbarn im Norden (Mecklenburg-Vorpommern) und Osten – den westlichen Wojewodschaften Polens – zusammen. Die in diesem Rahmen in den vergangenen Jahren aufgebauten Netzwerkstrukturen konnten trotz der bekannten Spannungen auf nationaler Ebene zwischen Deutschland und Polen verstetigt werden, so dass konkrete Kooperationsprojekte in den Bereichen KMU/ Forschung und Entwicklung und Tourismus in naher Zukunft umgesetzt werden können. Im Verkehrsbereich hat die Zusammenarbeit bereits erste Erfolge verzeichnet. Der „Runde Tisch Verkehr“ der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg initiiert wurde, hat im Eisenbahnverkehr Richtung Polen bereits zu ersten Angebotsverbesserungen (z. B. Fahrplanoptimierungen, Mitnahme von Fahrrädern) beigetragen.

### **BBI als gemeinsamer Wachstumsmotor**

Das wohl wichtigste gemeinsame Projekt der Länder Berlin und Brandenburg ist ohne Frage der neue Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI). Der BBI hat das Potenzial in den kommenden Jahren zum Wachstumsmotor für die ganze Region zu werden. Durch die verbesserte Infrastruktur können Standorte des Dienstleistungsgewerbes verstärkt auf- und ausgebaut werden, damit der Strukturwandel der Region vorangetrieben und Wachstumsimpulse ausgelöst werden.

Der neue Großflughafen ist der Prüfstein einer effektiven Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. Wir können es uns nicht leisten, Konkurrenzen auszutragen. Dazu ist dieses Projekt zu wichtig für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes. Es gibt eine gemeinsame Steuerungsgruppe, die von Minister Ulrich Junghanns und Senator Harald Wolf geleitet wird. Hier wird die Strategie festgelegt. In gemeinsamen Leitlinien wurde die gemeinsame Arbeit schriftlich fixiert. Es gibt ein gemeinsames Akquisitionsteam von ZAB und Berlin Partner. Vor Ort am Flughafen wird ein Business Location Center eingerichtet, mit dem Investoren hervorragend informiert werden können. Auch wenn es unterschiedliche Fördermöglichkeiten in unseren Ländern gibt und auch die Gemeinden und Kreise eigene Interessen haben, so ist doch verabredet, offen miteinander umzugehen und Konkurrenzen auszuschließen.

Die Tourismuswirtschaft sowie das Kongress- und Messewesen werden durch den BBI erheblich gestärkt. Mit der Bündelung des Luftverkehrs auf dem Airport BBI in Schönefeld ist für den Arbeitsmarkt der Region mit einem weiteren deutlichen Schub zu rechnen. Neue Transkontinentalverbindungen werden dazu beitragen, dass Berlin-Brandenburg auch für Investoren aus Übersee, insbesondere aus Asien, eine zunehmend interessante

Standortalternative wird. Diese Wirkungen gilt es zu nutzen und den BBI zugleich als Standortfaktor und Werbeträger für die Hauptstadtregion einzusetzen.

### **III. Attraktive und nachhaltige Förderpolitik**

Die dargestellten Entwicklungen stimmen mich zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, die gemeinsamen Potenziale der Hauptstadtregion erfolgreich zu nutzen. Eine intelligente Förderpolitik kann noch einen zusätzlichen Beitrag dazu leisten, die bestehenden Chancen zu nutzen. Aus der Berliner Strategie für den Einsatz der Europäischen Strukturfonds in der Förderperiode 2007-2013 möchte ich daher zwei Aspekte herausgreifen.

**Zum einen** hat das Land Berlin in seiner Strategie für das so genannte „Ziel-2“ (Förderung des Strukturwandels) großen Wert auf die internationale Ausrichtung der Förderinstrumente gelegt. Kooperationsansätze mit Polen, aber auch in Richtung Skandinavien oder den baltischen Raum sollen aktiv durch den Einsatz insbesondere von Mitteln des EFRE aktiv unterstützt werden. Auch das neue Ziel-3 bietet Erfolg versprechende Ansätze zur Unterstützung zur regionalen und transnationalen Kooperation. Berlin und Brandenburg stehen hier im engen Dialog, um diese Fördermöglichkeiten gemeinsam mit unseren Partnerregionen zu nutzen.

**Zum anderen** wird das Land Berlin die Fördermittel der Strukturfonds in der Zukunft weniger in der Form von Zuschüssen, denn in der Form von revolvingierenden Instrumenten einsetzen. Damit begegnen wir auch dem Problem der geringen Eigenkapitalausstattung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen. So wurden ein KMU-Fonds für Darlehensfinanzierungen sowie ein Mezzanine-Fonds aufgelegt. In der neuen Förderperiode sollen diese Instrumente neu aufgelegt, erweitert oder durch neue Fonds ergänzt werden.

Indikativ ist hierfür im Zeitraum 2007 - 2013 ein Betrag von 137 Mio. € eingeplant, was bei einem Gesamtvolumen von 876 Mio. € fast ein Sechstel des Gesamtprogramms ausmacht. Da die Fonds revolvingieren, werden die EFRE-Mittel noch zusätzliche Multiplikatoreffekte bewirken. Die Mittel werden nach entsprechenden Rückzahlungen erneut zur Unterstützung innovativer Projekte zur Verfügung stehen – und sie werden auch über das Jahr 2013 hinaus für Zwecke der Wirtschaftsförderung eingesetzt werden können.

### **IV. Zusammenarbeit in neuen Gebieten**

Durch die aktuellen Entwicklungen entstehen neue Handlungsfelder für unsere beiden Länder. Zwar haben Institutionen und Landesregierungen auch bisher bei den Themen Wasser oder Energie zusammen gearbeitet. Aber unter der großen Überschrift Klimaschutz werden diese Gebiete immer wichtiger und rücken deutlicher in den Fokus als bisher. Beide

Länder sind hier in der Verantwortung. Berlin ist dabei, ein abgestimmtes Klima- und Energiekonzept zu entwickeln bzw. fortzuschreiben. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich bei diesen Themen neue Perspektiven für die gemeinsame Arbeit ergeben.

Die Region Berlin-Brandenburg, die Hauptstadtregion hat große Potenziale – und wir haben auch die Instrumente, diese Potenziale aufzuschließen und zu nutzen. Für die Wirtschaft der Region – und für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Landesgrenze längst keine Barriere mehr. Ich würde mich freuen, wenn die positiven Wirkungen des Miteinanders in der Region in der politischen Arbeit wieder deutlicher wahrgenommen werden und die Diskussion über die Zukunft der Hauptstadtregion wieder auf eine sachliche Basis gestellt wird. Dann wird es uns auch gelingen, die Brandenburgerinnen und Brandenburger, die Berlinerinnen und Berliner davon zu überzeugen, dass ein gemeinsames Land im Standortwettbewerb noch bessere Perspektiven hat, als sie sich uns heute schon bieten.

## **4. Zukunftsbranchen und Wirtschaftsförderung**

Karl Brenke

### **Zentrale Ansatzpunkte für regionale Wirtschaftspolitik**

Kernthese: Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt im Wesentlichen von ihrer Position in der überregionalen Arbeitsteilung ab. Daraus folgt:

- Dafür sorgen, dass vermehrt Einkommen aus anderen Regionen in die eigene Region fließt. Das bedeutet Exportbasis stärken.
- Dafür sorgen, dass in geringem Maße Einkommen aus der eigenen Region abfließt. Das bedeutet Importsubstitution.

### **Brandenburger Unternehmensförderung pragmatisch**

- Ausrichtung auf potentielle Wachstumspole und somit Vorrang der Wachstumspolitik vor der Verteilungspolitik
- Differenzierte Fördersätze
- Branchenschwerpunkte –also anknüpfen an vorhandenen Potentialen
- Natürlich: Auswahl der Branchenschwerpunkte und Schwerpunkttorte auch ein politischer Kompromiss

### **Was sind Zukunftsbranchen?**

1. Problem:

Die Absatzperspektiven hängen von der Nachfrage in der Zukunft ab. Deshalb stellt sich die Aufgabe, die künftige Nachfrage zu prognostizieren.

2. Problem:

Was sind die für die Nachfrage relevanten Faktoren?

3. Problem:

Die Nachfrage hängt auch mit dem technischen Fortschritt zusammen. Folglich stellt sich Frage nach dem künftigen technischen Fortschritt.

4. Problem: Nachfrage hängt auch von der Wettbewerbsfähigkeit ab. Perspektive: Deutschland bleibt ein Hochlohnland.

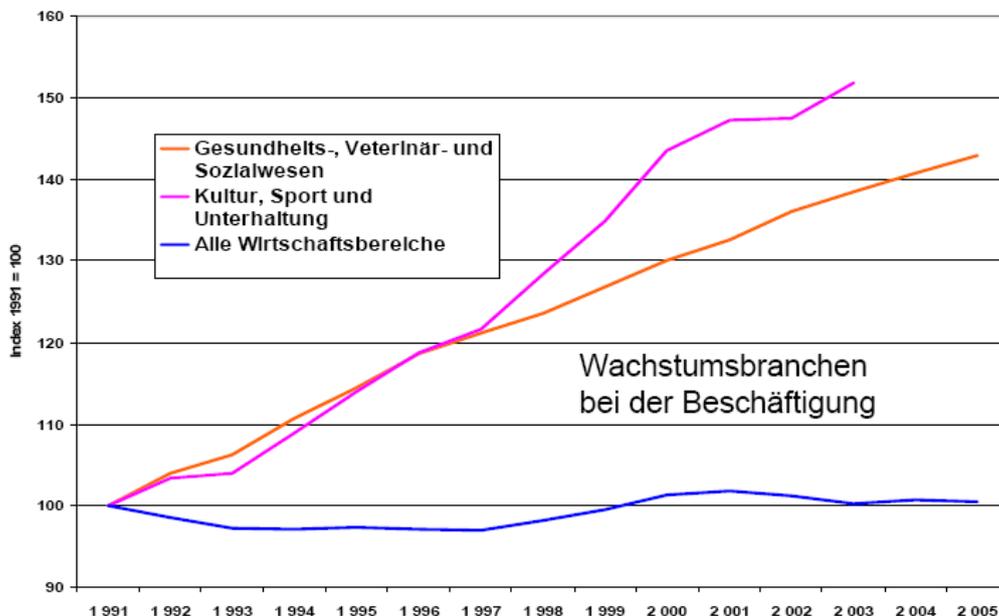
## Auswahl der Branchenkompetenzfelder in Brandenburg

Biotechnologie/Life Sciences  
Luftfahrttechnik  
Medien/IKT  
Automotive  
Ernährungswirtschaft  
Energiewirtschaft/Energietechnologie  
Geoinformationswirtschaft  
Holzverarbeitende Wirtschaft  
Kunststoffe  
Logistik  
Metallerzeugung/Metallbe- und -  
verarbeitung/Mechatronik  
Mineralöl/Biokraftstoffe  
Optik  
Papier  
Schienenverkehrstechnik  
Tourismus

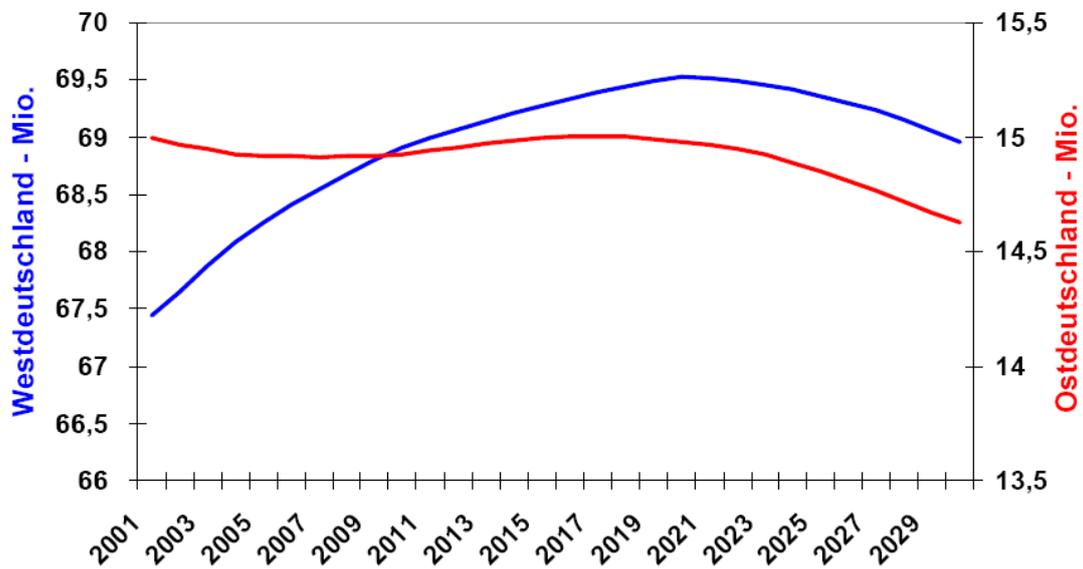
► **Gesamteindruck: stark industrielastig**

Den Branchen-Kompetenzfeldern gleichgesetzt sind „anwendungsorientierte, innovative F+E-Unternehmen“ (z.B. Ausgründungen aus Hochschulen und Instituten).

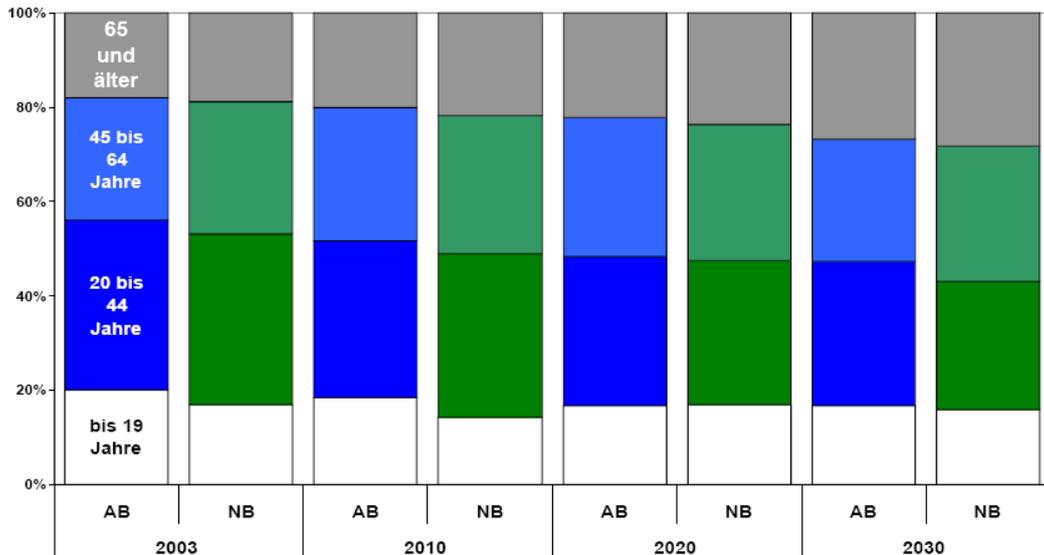
## Zukunftsbranchen in Deutschland: ein Blick zurück



## Prognose: Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern bis 2030



## Bevölkerung altert stärker



## **Folgerungen:**

Handlungsmöglichkeiten regionaler Wirtschaftspolitik sollten nicht überschätzt werden.

Generell gilt: Vor allem Fehler machen sich bemerkbar.

- Entwicklung eines wirtschaftlichen Leitbildes – als permanenter Prozess. Politik als breiter Dialog.
- Schwerpunktsetzung auf vermeintliche Zukunftsbranchen –allerdings auch überprüfen, ob es wirklich solche sind. Den Bestand an Unternehmen nicht aus den Augen verlieren.
- Mittel für Subventionen werden knapper. Mittelfristig Subventionen konsequent herunterfahren.
- Berlin und Brandenburg als gemeinsame Wirtschaftsregion praktisch gestalten.
- Am besten: Länderfusion.

## **Und was macht Berlin?**

Technologiekompetenzfelder:

- Biotechnologie
- Medizintechnik
- Informations-und Kommunikationstechnologie
- Verkehrssystemtechnik
- Optische Technologien
- sowie: Cluster Gesundheitswirtschaft

Wie weit gibt es überhaupt eine Abstimmung zwischen Berlin und Brandenburg bei der Auswahl für die Region wichtiger Branchen?

# 5. Das Verhältnis von Wirtschaftsförderung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Hans Joachim Kujath

## I. Von der Industrie zur Wissensökonomie

Strukturwandel:

Wissensökonomie wird zum wirtschaftlichen Wachstumsträger in den Regionen. Arbeitsplatzzuwächse allein in den Branchen der Wissensökonomie.

Expansion:

Wissensökonomie expandiert überregional und transnational (Expansion der Märkte): Es entsteht eine neue Exportbasis der Regionen in den auf Transaktion und Transformation von Wissen spezialisierten unternehmensbezogenen Dienstleistungen neben den High-Tech-Industrien und der Medien-Informationsindustrie.

Landesentwicklung:

Wie sind die verschiedenen Typen von Regionen (in Brandenburg) von diesem Strukturwandel betroffen?

### **Funktionale Spezialisierungsformen der Wissensökonomie:**

Hochtechnologie-Unternehmen:

Erstellung wissensintensiver materieller Güter (Implementierung von Wissen in die materiellen Güter und Produktionsverfahren: Medizintechnik, Computertechnik, Kommunikationstechnik, Bio- Tech).

Transformationsorientierte Unternehmensdienstleistungen:

Wissensbasierte Dienstleistungen im Kontext neuer Produkte und Produktionsprozesse (F&E, Produktdesign, Materialanforderungen, Produktionsverfahren).

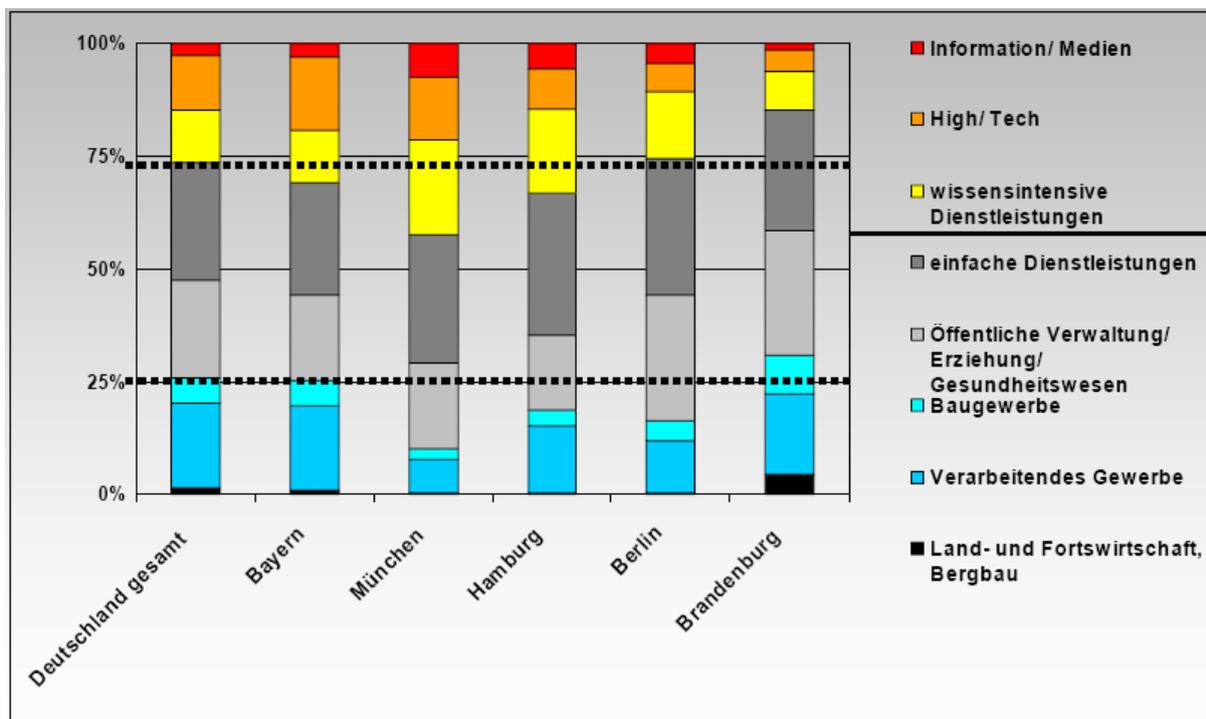
Transaktionsorientierte Unternehmensdienstleistungen:

Wissensbasierte Dienstleistungen im Kontext veränderter Management-/ Steuerungsaufgaben: Vermittlungs- und Entscheidungsvorbereitungsfunktionen (Wirtschaftsberatung, Rechtsberatung, Werbung, Marktanalysen, Marketing)

Informations- und Medienwirtschaft:

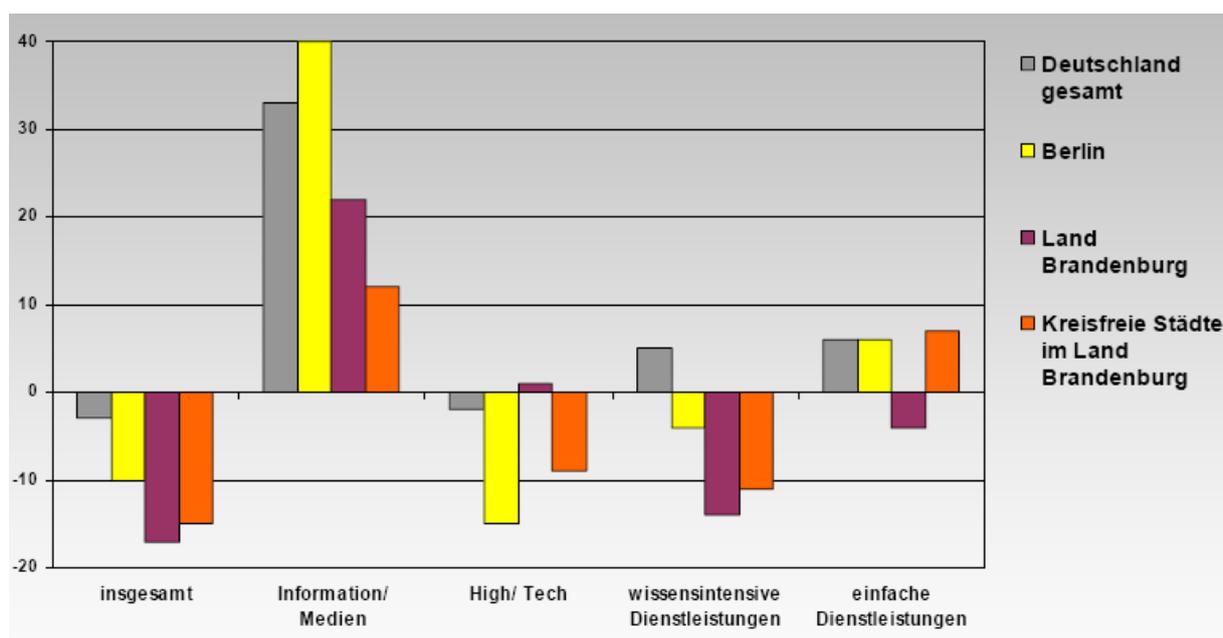
Transformation von Wissen in (Informations-) Güter (Medienprodukte, Software, Multimedia, Musikindustrie usw.)

## Wirtschaftsstruktur 2006 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



## II. Neue räumliche Disparitäten?

Beschäftigtentwicklung in den Branchen der Wissensökonomie 1998-2006 in Deutschland, Berlin und Brandenburg



### **Räumliche und sektorale Effekte des Strukturwandels in Brandenburg:**

- Flächendeckender Rückgang der Gesamtbeschäftigung in den letzten Jahren.
- Der wirtschaftliche Strukturwandel zur Wissensökonomie findet Schwerpunktmäßig in der Metropole und ihrem Umland, im Raum Potsdam und im südlichen Umland von Berlin statt.
- Abkoppelung ländlicher Räume von den Ökonomien des Wissens. Abwanderung beschleunigt Überalterung ländlicher Räume. Migration führt zur intellektuellen Selektion.
- Fehlen von Humankapital und Unternehmergeist für die Wissensökonomie in ländlichen Räumen.

### **III. Förderpolitische Antworten des Landes**

#### **Wirkungen der bisherigen Förderpolitik**

- Geringe Effektivität und Effizienz der förderpolitischen Wachstums-/Ausgleichsstrategien für die ländlichen Räume Brandenburgs –Wissensökonomie fasst nicht Fuß, Dominanz einiger Grundstoffindustrien.
- Mobilisierung von exogenem Kapital für industrielle Entwicklungen und Ausbau der materiellen Infrastrukturen (Verkehr) allein haben nicht zu neuem wirtschaftlichen Wachstum mit Arbeitsplatzzuwachs, hoher Beschäftigung und sich stabilisierender Bevölkerungsentwicklung geführt.

#### **Neuausrichtung der Landesförderpolitik**

- **Potenzialorientierte sektorale Schwerpunktsetzungen im Rahmen der GA-G:** Von der Flächenförderung zur Schwerpunktförderung in „Wachstumsbranchen“. 17 Branchenkompetenzfelder (BKF) decken nahezu das gesamte Spektrum Brandenburger Wirtschaftsaktivitäten ab: von Biotechnologie über Ernährungswirtschaft, Logistik, Maschinenbau bis hin zum Tourismus. Bevorzugte Förderung an *Branchenschwerpunktorten*(Synergien durch räumliche Nähe).
- **Räumliche Schwerpunktsetzungen:** 15 Regionale Wachstumskerne (RWK) mit zusätzliche Förderpriorität in den Bereichen öffentlicher Investitionen zur Stadtentwicklung (GA-Infrastruktur).
- **Förderung von Clusterbildung und Entwicklung von Branchenstrategien**

## IV. Wirtschaftsförderung und Landesentwicklung

### Zu erwartende positive Effekte:

- Förderpolitik zugunsten eines Spektrums an Branchen (BKF) und regionaler Wachstumskerne (RWK) lässt kurz- und mittelfristig bessere Entwicklungs- und Beschäftigungseffekte erwarten.

### Zu erwartende negative Effekte:

- Konservierung der Strukturen: Welches sind die innovativen Branchen, die den Strukturwandels vorantreiben und nachhaltiges Wachstum versprechen?
- Verzerrung der Märkte: Was passiert, wenn die förderungsbedingte Marktmanipulation nicht mehr wirkt?
- Verstärkung der Abhängigkeit von Förderung: Je länger Investitionen gefördert werden, desto abhängiger ist die Wirtschaft von Förderung?... Subventionsabbau!
- Verschärfung der Disparitäten in der Landesentwicklung: Wie können die endogenen Wachstumsbranchen, die größtenteils in peripheren Gebieten liegen, gefördert werden?

### 1. Schlussfolgerung:

#### Weniger Investitionsförderung – Rahmenbedingungen des Wirtschaftens verbessern:

- Kein undifferenzierter Ausbau der materiellen Infrastruktur (Regionalflughäfen, Gewerbegebiete, Spaßbäder usw.), sondern Investition in das immaterielle Humankapital.
- Förderung unternehmerischer Kompetenzen und Verhaltensweisen (Schülerfirmen, Gründerlehre, Gründungsmanagement): “Der schöpferische Geist mobilisiert Kapital, Arbeit und Rohstoffe– und nicht umgekehrt” (Röpke1982: 36).
- Schaffung *innovationsfreundlicher* Rahmenbedingungen für unternehmerische Entscheidungen: Deregulierung, Abbau von Doppelbürokratien, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (lean administration), Subventionsabbau.
- Erleichterung von Existenzgründungen: Mikrokredite, Coaching, Sponsoring, Patenschaften(Braun 2007).
- Wachstum durch Vernetzung der Branchen in *Querschnittsfeldern*.

#### Weniger Investitionsförderung – Rahmenbedingungen des Wirtschaftens verbessern

- Verschärfter Wettbewerb um “kluge Köpfe”
- Pflege und Entwicklung“ weicher” Standortfaktoren, die die Arbeits- und Lebensweltangenehmgestalten:
  - intakte Umwelt,

- exzellente Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen,
- Freizeit-, Kultur-, Erlebnisangebote,
- Wohnbedingungen,
- Image der Region und
- Erreichbarkeit der Metropole Berlin.

## **2. Schlussfolgerung**

### **Querschnittsfelder mit regionalen Schwerpunkten**

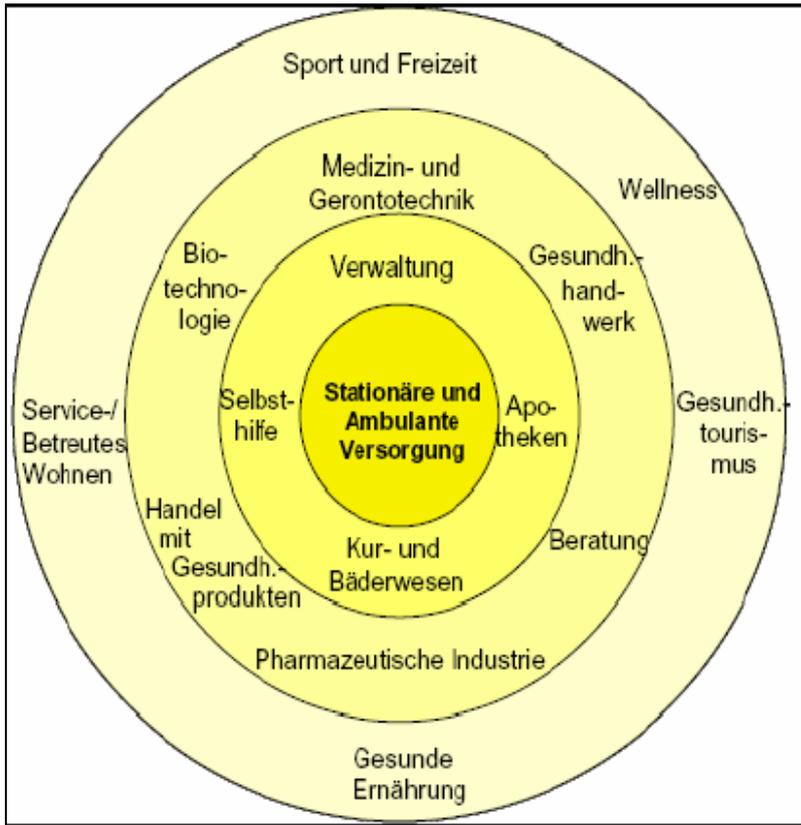
Keine Branchenförderung, sondern Querschnittsfelder/Cluster, die mehrere Branchen um ein Thema/Produktfeld (Branchencluster) oder eine Technologie (Technologiecluster) zusammenfassen:

- Wissensintensive Industrien und unternehmensbezogene, wissensbasierte Dienstleistungen (z. B. Luftfahrtwirtschaft Wildau/Schönefeld, Informations- und Medienindustrie-Potsdam),
- Multifunktionale Landwirtschaft: Ernährungswirtschaft, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien (z. B. Uckermark/Schwedt, Eberswalde),
- Gesundheitswirtschaft und Tourismus (z. B. Rheinsberg, Ruppiner Land).
- Anknüpfen an den regionalen Potentialen/Faktoren!

### **Querschnittsfelder/Cluster**

“Bei einem Cluster handelt es sich um eine geographische Konzentration von Unternehmen, spezialisierten Lieferanten, Dienstleistungsanbietern, Unternehmen in verwandten Branchen und verbundenen Einrichtungen (zum Beispiel Universitäten, Normungsinstitute und Wirtschaftsverbände), die in bestimmten Feldern untereinander verbunden sind und gleichzeitig miteinander konkurrieren und kooperieren.“ (Porter 1999, 207 f.)

## Branchenübergreifende Querschnittsfelder der Wissensökonomie

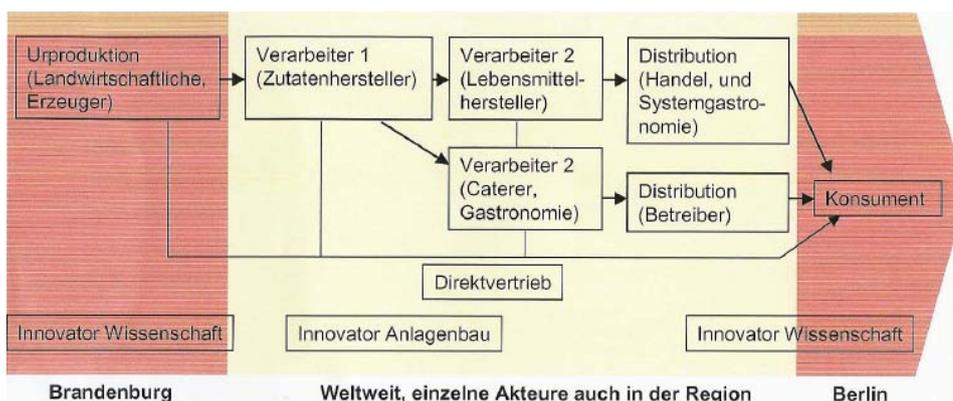


### Beispiel Gesundheitswirtschaft

- Strategische unternehmensübergreifende Zusammenarbeit (herstellen einer Wettbewerbseinheit).
- Z. B. vertikale Kette eines Produktionsverbundes: medizinisches Versorgungszentrum unter Beteiligung eines Krankenhauses.
- Z. B. horizontaler Verbund: Kooperation zwischen mehreren Krankenhäusern.
- Einbeziehung der Randbereiche (Wellness, Kultur, Transportservice etc.).

## Branchenübergreifende Querschnittsfelder der Wissensökonomie

- **Beispiel: Ernährungswirtschaft**



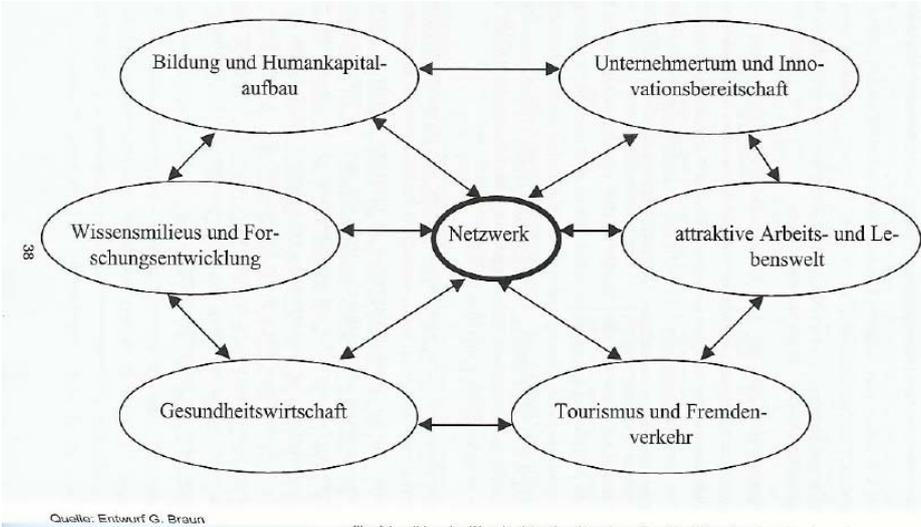
## **Branchenübergreifende Querschnittsfelder der Wissensökonomie – Fallbeispiel Rheinsberg**

- Haus Rheinsberg –ein Hotel für Menschen mit Behinderung als Ausgangspunkt (4 Sterne) –Merkmal der Barrierefreiheit (Donnersmarck-Stiftung).
- Das Haus ist auch Tagungsstätte und Hotel für andere Gäste.
- Ergänzende Dienste, wie betreutes Wohnen im Urlaub, Sozialstation, Physiotherapie, Fachärzte.
- Gestaltung der Stadt für Behinderte (Barrierefreiheit).
- Private Tourismusangebote unter Berücksichtigung von Behinderungen (Boote ohne Handicap, Wandertouren usw.).
- Spezialisierte private Personentransportdienste.
- Verknüpfung mit dem Landschafts- und Kulturangebot der Region: Schloss Rheinsberg, Konzerte, Theater, Musikakademie.
- Städtebauliche Aufwertung der Altstadt von Rheinsberg.
- = **Querschnittsfeld Gesundheit, Tourismus, Kultur.**

### **3. Schlussfolgerung: Regionalmanagement für die Entwicklung der Wissensökonomie:**

- Förderung der Zusammenarbeit von Firmen, Forschungseinrichtungen, Universitäten, öffentlichen Einrichtungen in Querschnittsfeldern.
- Verstärkte Investition in Bildung und Wissenschaften.
- Ausbau der Infrastrukturen und Institutionensysteme für die Wissensökonomie (IKT, Verkehr, Koordinierungsinstanzen).
- Weiterqualifizierung und Stabilisierung des Segments der Semi-Professionellen und Facharbeiter.
- Standortaufwertung zugunsten der Wissensökonomie (weiche Standortfaktoren: Imageverbesserung).
- Schaffung eines Systems von standortübergreifenden Vernetzungen und Kooperationen zwischen den Akteuren der Wissensgesellschaft.

# Regionalmanagement für die Entwicklung der Wissensökonomie

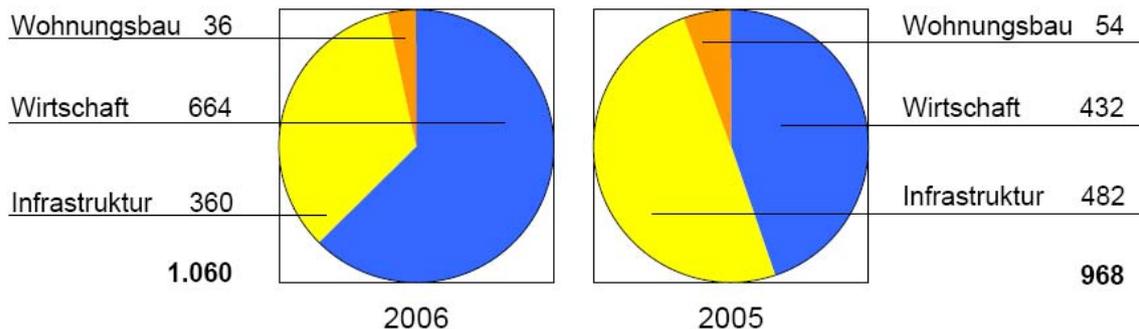


## 6. Das Fördergeschäft der InvestitionsBank des Landes Brandenburg

Karl Brenke

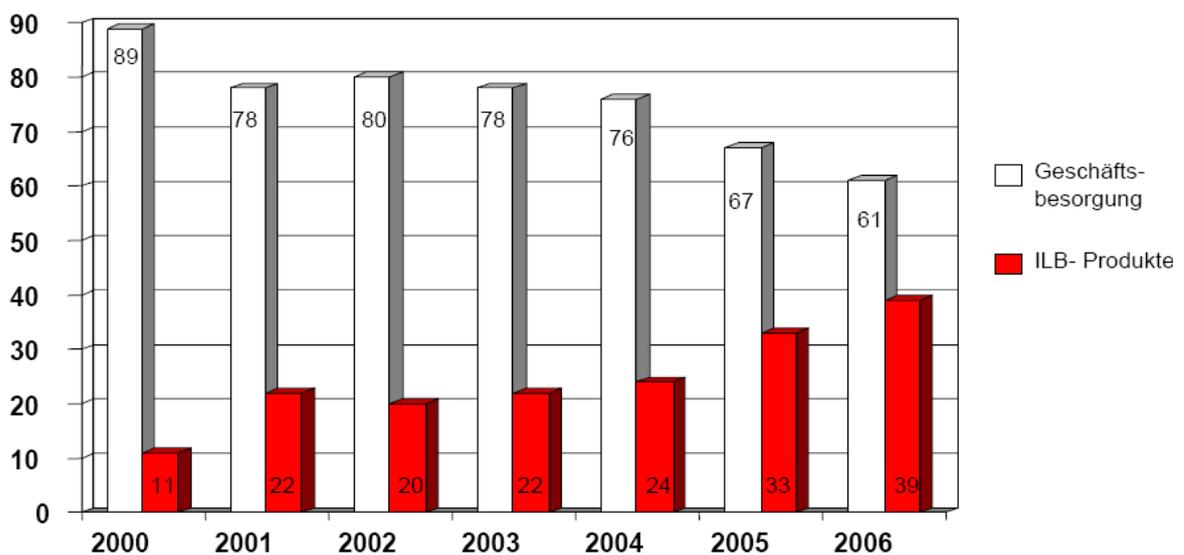
### Förder-/Eigengeschäft 2006

Zusagevolumen nach Förderbereichen (Mio. Euro)



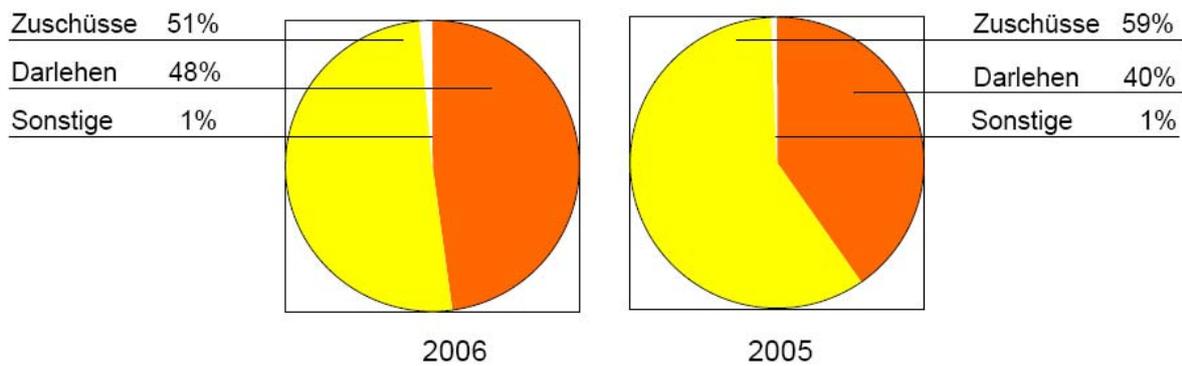
Das Zusagevolumen 2006 liegt über Vorjahresniveau. Weit über die Hälfte des Zusagevolumens entfällt auf den Bereich Wirtschaft (inklusive Agrar und Medien). Maßgeblich sind insbesondere die Hausbanken-Globaldarlehen. Das geringere Zusagevolumen im Bereich Infrastruktur ist insbesondere auf das Ende der Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 zurückzuführen.

### Anteil der ILB-Produkte am Zusagevolumen (%)



Der Anteil der ILB-Produkte am Zusagevolumen hat sich seit 2000 fast vervierfacht: Er beträgt 2006 rd. 40 % und ersetzt damit zunehmend das rückläufige Zusagevolumen aus Förderprogrammen des Landes.

### Zusagevolumen nach Förderinstrumenten (Mio. Euro)



Fast die Hälfte des gesamten Zusagevolumens im Jahr 2006 entfällt auf Darlehen und sonstigen Finanzierungsinstrumente (Haftungsfreistellungen, Bürgschaften, Beteiligungen). Der Anteil der Zuschüsse hat weiter abgenommen.

### Aktuelle Entwicklungen

#### Neue Rahmenbedingungen in der Wirtschaftsförderung

<b>EU-Ebene</b>	<p>neue Beihilferegeln, u. a.</p> <p>neue EFRE-Periode, u. a. 2 Fördergebiete in Brandenburg</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anrechnungsbestimmungen „De minimis“-Regel</li> <li>Genehmigung vor Beginn</li> <li>starke Vorgaben für Mitteleinsatz: Kontrollsysteme (Originalbelege)</li> </ul>
<b>Bundesebene</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>neue GA-Bedingungen seit 2007</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>neues Investitionszulagengesetz seit 2006</li> </ul>
<b>Landesebene</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>enger werdende Spielräume beim Haushalt</li> <li>Komplette Überarbeitung sämtl. Richtlinien</li> <li>Revolvierende Fonds</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Branchenkompetenzfelder</li> <li>Schwerpunktorte</li> <li>Mittelstandsoffensive</li> </ul>
<b>ILB-Ebene</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Eigenprogramme</li> <li>ILB-Förderfonds</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>engere Zusammenarbeit mit anderen Förderinstituten</li> </ul>

## Neuausrichtung der EU-Förderpolitik ab 2007

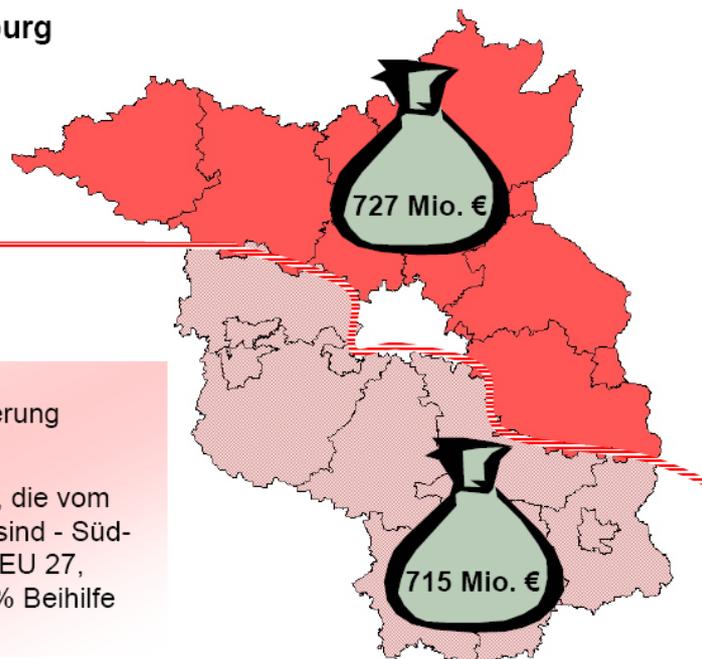
### NW-SO-Teilung von Brandenburg

#### Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit

- Politikfeld der EU -

#### „Phasing out“-Regionen

- bis Ende 2010 normale Förderung max. 50 % Beihilfe (KU)
- in 2010 Überprüfung Gebiete, die vom statistischen Effekt betroffen sind - Süd-Brandenburg, BIP < 75 % zu EU 27, wenn > 75 %, dann max. 35 % Beihilfe (KU)



## Finanzierungs- und Förderprodukte in allen betrieblichen Einsatzfeldern

### Überlegungen

**GA-EFRE-(Nachrang) Darlehen**  
 • EFRE Darlehen statt Zuschüsse

**Innovationsfonds II**  
 • stille Beteiligungen  
 • für innovative Unternehmen

**KMU Mittelstandsfonds**  
 • Zielgruppe außerhalb der GA bzw. F&E)

**ILB-Wachstumsprogramm**  
 Konsortialfinanzierungen für den Mittelstand (50 % Risikoteilung)

**Brandenburg-Kredit für den Mittelstand**  
 KfW-Unternehmerkredit mit Zinsverbilligung aus dem ILB-Förderfonds

**Gründungs- u. Wachstumsfinanzierung**  
 zinsgünstiges Darlehensprogramm für Gründer und Festiger

**Innovationsfonds**  
 Stille Beteiligungen für F&E-Projekte

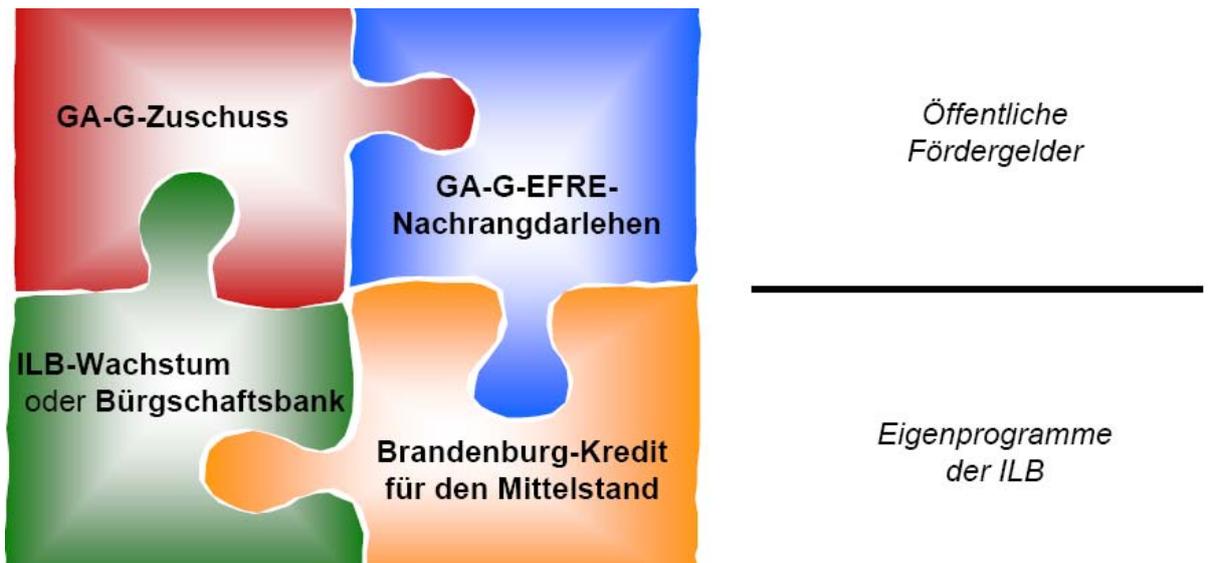
**ILB-Globaldarlehen**  
 zinsgünstige Refinanzierungen der Hausbanken für den Mittelstand

**GA-Investitionszuschüsse**

**Technologiezuschüsse**

**Zuschüsse f. Markterschließung u. Beratung**

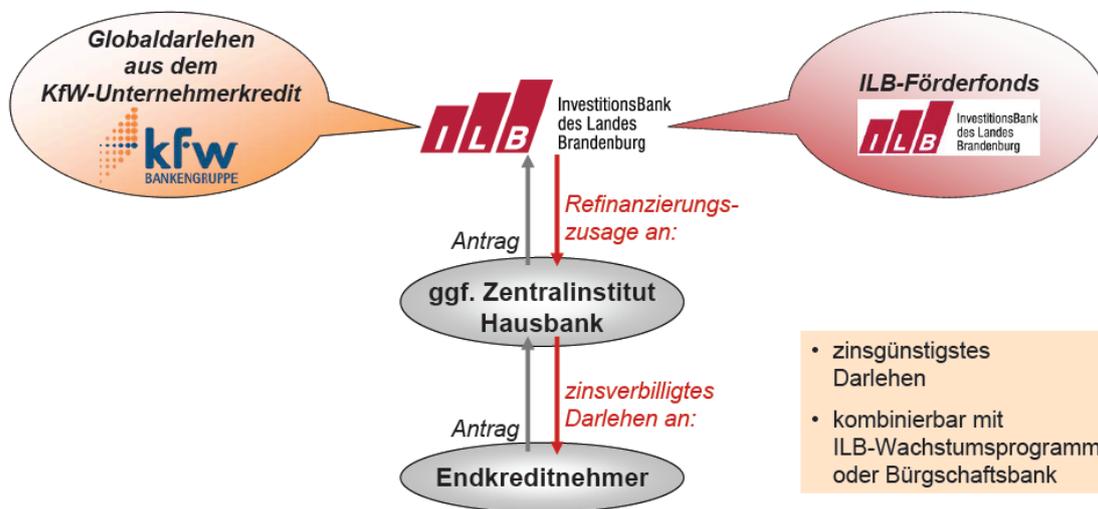
## Mögliche Bausteine für eine maßgeschneiderte Finanzierung



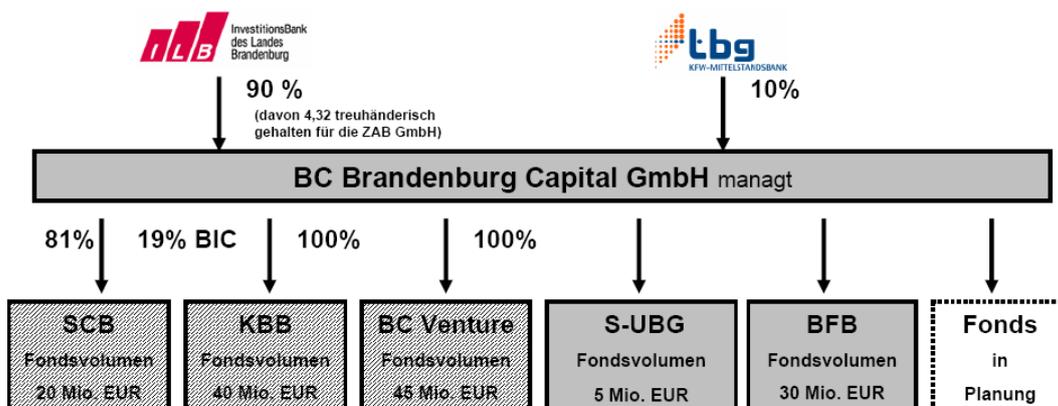
## Produktfamilie Brandenburg-Kredit



## Brandenburg-Kredit für den Mittelstand

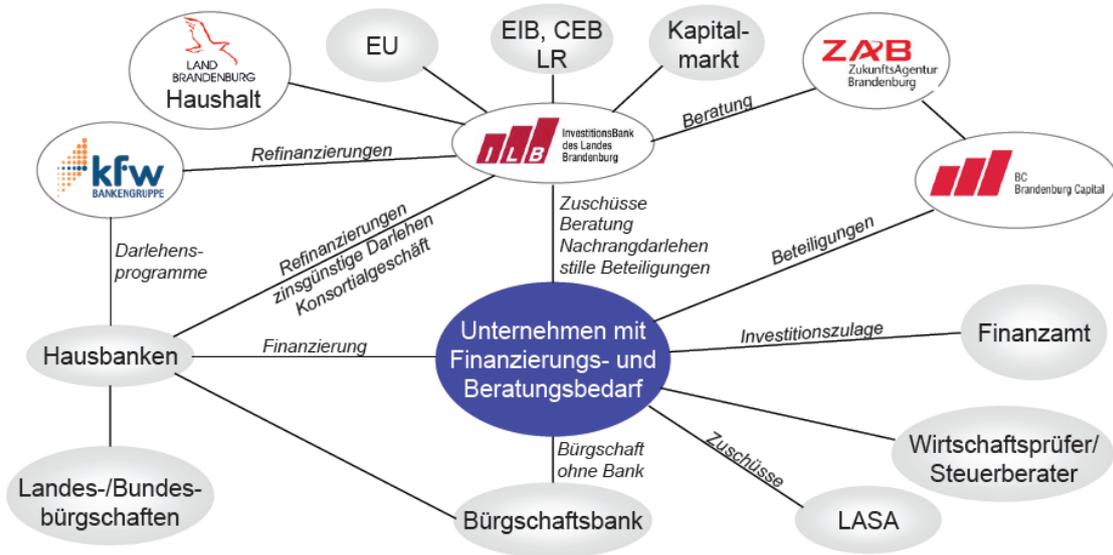


## Eigenkapital für den Mittelstand

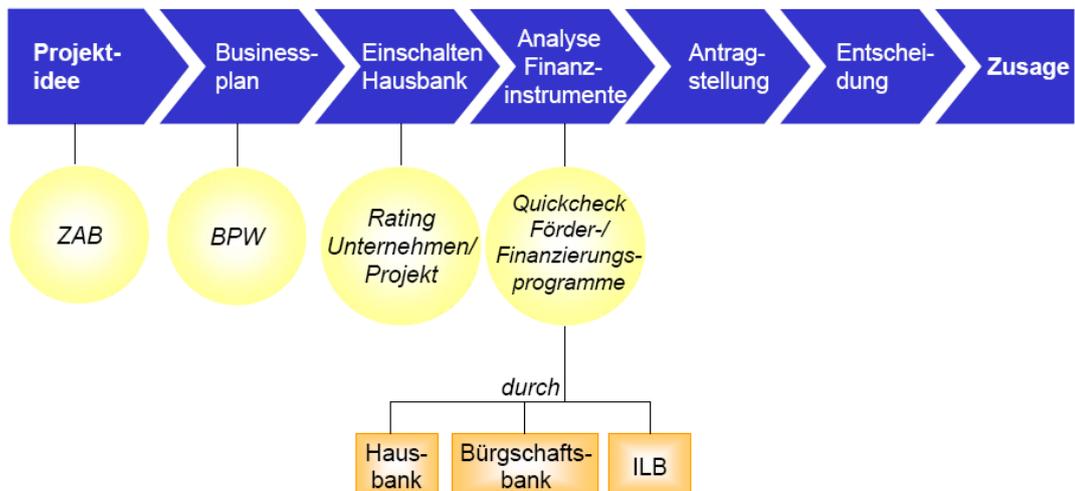


Die Fondsgesellschaften haben sich bis heute an mehr als 100 Unternehmen beteiligt. Insgesamt wurden dabei bisher über 90 Mio. EUR investiert und weitere 160 Mio. EUR Drittmittel initiiert.

## Die Akteure im Überblick



## Musterablauf von der Projektidee bis zur Zusage



## **Geschäftsstrategie der ILB**

- Entwicklung zur „**Förder-Kredit-Bank**“ weiterverfolgen

1▶ ILB-Förderfonds / Brandenburg-Kredit

2

- **Zusammenarbeit mit den Sparkassen und Banken in Brandenburg**

1▶ Hausbanken-Globaldarlehen

2▶ Risikoteilung mit Hausbanken / Konsortialkredit

3

- **Zusammenarbeit mit den Förderinstitutionen auf europäischer und Bundesebene**

▶ Refinanzierungsvorteile verstärkt einsetzen für Fördergeschäft

- **Ausbau der Funktion als zentrales Förderinstitut**

1▶ Bündelung der monetären Förderung des Landes in der ILB

2

- **Optimaler Einsatz der Fördermittel/ Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle**

1▶ Neujustierung der Förderinstrumente (Darlehen statt Zuschüsse)

## Zu den Autoren:

- Karl **Brenke**, wissenschaftlicher Referent am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), [kbrenke@diw.de](mailto:kbrenke@diw.de).
- Ralf **Christoffers**, MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE. im Landtag Brandenburg, E-Mail: [geschaefsstelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:geschaefsstelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de).
- Prof. Dr. Hans Joachim **Kujath**, Leiter der Abteilung 1 „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“ am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner. Zugleich ist er Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin im Bereich Stadt- und Regionalökonomie am Institut für Stadt- und Regionalplanung. Arbeitsschwerpunkte: regionalpolitische Netzwerkanalysen, europäische Raumentwicklung, E-Mail: [KujathH@irs-net.de](mailto:KujathH@irs-net.de).
- Bernd-Armin **Schmidt**, Investitionsbank Land Brandenburg, E-Mail: [bernd-armin.schmidt@ilb.de](mailto:bernd-armin.schmidt@ilb.de).
- Almuth **Nehring-Venus**, geb. 1959, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, E-Mail: [almuth.nehring-venus@senwtf.verwalt-berlin.de](mailto:almuth.nehring-venus@senwtf.verwalt-berlin.de).

Herausgeber:

redaktioneller Bearbeitung: Sascha Krämer; BABELconsult

Auflage: 500 Stück

Format: A5, 65 Seiten, 3000 Zeichen pro Seite (ca. 400 Wörter)

Layout des Umschlages: Trialon